

Mitteilung

öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Ausschuss für Soziales, Seniorinnen und Senioren	10.02.2022
Wirtschaftsausschuss	10.02.2022
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales	07.03.2022

Sachstand zur Umsetzung des Teilhabechancengesetzes in der Stadtverwaltung und der KGAB

Die Verwaltung wurde mit Ratsbeschluss vom 09.07.2019 (Vorlagen-Nummer 1841/2019) beauftragt, folgende Maßnahmen zur Unterstützung langzeitarbeitsloser Menschen umzusetzen:

- Beschäftigung von 37 Vollkräften über die Kommunale Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung (KGAB) für die Unterstützung der Schulen und der Feuerwehr im Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020 sowie von 160 Vollkräften über die KGAB aus dem Teilhabechancengesetz vom 01.07.2019 bis zum 31.12.2024
- Zusetzung von 30 Stellen für die Verwaltung aus dem Teilhabechancengesetz im Zeitraum vom 01.07.2019 bis zum 31.12.2024 sowie von 30 weiteren Stellen im Zeitraum vom 01.01.2020 bis zum 31.12.2024

Mit weiterem Ratsbeschluss vom 24.06.2020 (Vorlagen-Nummer 3694/2020) wurde die Verwaltung ferner mit der Umsetzung folgender Maßnahmen beauftragt:

- a) Begleitung der Vollkräfte durch die KGAB für die Unterstützung der Bürgerämter und der Feuerweherschule (Zeitraum: 01.03.2021-28.02.2023)
- b) Verlängerung von bis zu 18 Arbeitsverträgen nach §16i SGB II Corona bedingt auf fünf Jahre;
- c) Verlängerung der bisherigen 60 Stellen um ein Jahr bis zum 31.12.2025.

Zur Umsetzung der vorgenannten Ratsbeschlüsse kann die Verwaltung folgenden Sachstand mitteilen:

Unterstützung der Schulen und der Feuerwehr

- 37 Stellen bei der KGAB im Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2020

Das gemeinsame Projekt aus dem Landesprogramm „Öffentlich geförderte Beschäftigung“ mit insgesamt 37 Stellen ist zum 01.01.2019 gestartet. In der Probezeit sind 2 Beschäftigte ausgeschieden, so dass 35 besetzte Stellen vorhanden waren. Im Auftrag der Stadt Köln

gliedert sich das Projekt in die Teilbereiche Schulsekretariate, Schulhausmeister und Feuerwehrwerkstatt. Das Projekt endete zum 31.12.2020 und beinhaltete Personalkosten für geförderte Beschäftigung von rund 1 Mio. Euro, die vom Land NRW, dem Jobcenter Köln und der Stadt Köln finanziert wurden.

Die drei Feuerwehrwerkstatthelfer*innen wurden bereits zum 01.07.2020 in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis bei der Stadt Köln übernommen. Dieses Teilprojekt konnte damit vorzeitig erfolgreich beendet werden. Auch bei den Schulhausmeistern und Schulsekretärinnen konnten erfolgreich Einstellungen vorzeitig realisiert werden. Bis auf vier Personen wurden letztendlich alle Mitarbeiter*innen von der Stadt Köln übernommen.

Im Ergebnis wurden damit insgesamt 31 von ursprünglich 37 langzeitarbeitslosen Menschen in eine nachhaltige Beschäftigung bei der Stadt Köln vermittelt. Der große Erfolg bei der Integration der langzeitarbeitslosen Menschen spricht für die Fortsetzung des Projektes.

Eine Fortführung findet im Rahmen des Teilhabechancengesetzes statt. Hierbei wird dem Personalbedarf in den Schulen Rechnung getragen.

Beschäftigung Langzeitarbeitsloser in der Verwaltung

- 60 Stellen bei der Stadt Köln bis zum 31.12.2025

Insgesamt sind bereits 67 Personen bei der Stadt Köln im Rahmen des Teilhabechancengesetzes eingestellt worden.

Die geförderten Beschäftigten sind auf vielfältigen Einsatzstellen innerhalb der Stadtverwaltung zu finden und eine wichtige Unterstützung in stadtgemeinschaftlich relevanten Bereichen.

Beispielsweise haben 27 Menschen ihr Einsatzgebiet in Kölner Schulen und arbeiten dort als Schulhausmeisterhelfer*innen und Schulsekretär*innen. Dem zu erwartenden Mangel an Mitarbeitenden in den Bereichen Schulsekretariat und Schulhaustechnik kann so ein Stückweit begegnet werden, da die geförderten Beschäftigten an die Tätigkeiten herangeführt werden mit dem Ziel, zukünftig eine vakante Planstelle ausfüllen zu können.

Weitere Einsatzgebiete, in denen durch Förderung nach dem Teilhabechancengesetz eine Tätigkeit aufgenommen wurde, ist die Berufsfeuerwehr. Dort arbeiten mittlerweile insgesamt fünf Personen, u.a. als Unterstützung zur Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Auch die Bürgerhäuser haben sich als sehr geeignetes Tätigkeitsgebiet für die geförderten Beschäftigten erwiesen. Dort arbeiten sieben Menschen in unterschiedlichen Tätigkeitsfeldern.

Bei der Dienststelle 1000 - „Zentrale Dienste“ wurden zum 01.01.2022 zwei weitere Mitarbeiter*innen eingestellt, wodurch aktuell vier Personen dort beschäftigt sind. Durch die fortschreitende Digitalisierung ist u.a. in der Scanstelle ein großer Bedarf an Mitarbeitenden. Dies bietet auch für ungelernete bzw. fachfremde Personen eine Chance. Dass es hier auch eine längerfristige Perspektive gibt, zeigt die Übernahme von bereits drei Beschäftigten auf Planstellen bei den Zentralen Diensten.

Der Bereich Kultur mit dem Stadtmuseum, dem NS-Dokumentationszentrum sowie der Kunst- und Museumsbibliothek ist mit derzeit sieben über das Teilhabechancengesetz geförderten Mitarbeitenden ebenfalls gut vertreten. Auch hier werden weitere Einstellungen anvisiert.

Die übrigen Mitarbeiter finden sich in ganz unterschiedlichen Bereichen der Verwaltung, unter anderem in der Arbeitsmarktförderung, dem Personalbereich und dem Grünflächenamt.

Insgesamt konnten bereits sechs Mitarbeiter*innen vorzeitig auf eine unbefristete Planstelle innerhalb der Stadt Köln wechseln.

Ferner wurden sechs Beschäftigungsverhältnisse um drei Jahre verlängert, weitere Verlängerungen sind bei den, im Jahr 2022 auslaufenden Arbeitsverträgen, angedacht. Hiermit wird den Auswirkungen der Corona-Pandemie innerhalb der Stadt Köln Rechnung getragen. Es soll keine Benachteiligung für die geförderte Beschäftigten entstehen, weil sie aktuell nur bedingt in Dienststellen hospitieren oder ein Praktikum absolvieren können, da viele Mitarbeitende sich überwiegend im Home Office befinden.

Fünf Arbeitsverhältnisse wurden von Seiten der Stadt Köln beendet, eine Person ist leider verstorben.

Die derzeit 55 besetzten Stellen entsprechen 49,92 vollzeitverrechneten Stellenanteilen. Somit können weitere 10 Vollzeitstellen besetzt werden (vgl. Anlage 1).

Die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes ist in der Stadtverwaltung Köln als erfolgreiches Instrument der Reintegration von Langzeitarbeitslosen in eine versicherungspflichtige Beschäftigung angekommen. Zur Unterstützung der geförderten Beschäftigten wurde eine Qualifizierung konzipiert, die überwiegend in digitaler Form ab Mai 2022 über insgesamt neun Monate je Teilnehmenden durchgeführt wird. Diese richtet sich explizit an diese Personengruppe und soll Qualifizierungs- und Handlungsbedarfe aufdecken, diese lösen und die Menschen für eine dauerhafte Beschäftigung bei der Stadt Köln entwickeln und vorbereiten.

Serviceoffensive Sauberkeit und Sicherheit in Köln

- 160 Stellen bei der KGAB bis zum 31.12.2024

Die Umsetzung des Teilhabechancengesetzes mit der Serviceoffensive für Sauberkeit und Sicherheit in Köln erfolgt bei der KGAB im Umfang von bis zu 160 Stellen. Aktuell sind 108 Stellen besetzt. Zuvor wurde am 03.04.2020 ein Rahmenvertrag auf der Grundlage des Ratsbeschlusses vom 09.07.2019 für den Zeitraum bis zum 31.12.2024 mit dem Personal- und Verwaltungsmanagement der Stadt Köln abgeschlossen. Die konkreten Auftragsvereinbarungen mit Dienststellen der Stadtverwaltung werden kontinuierlich getroffen.

Insgesamt wurden im Zeitraum vom 01.01.2019 bis zum 31.12.2021 bisher 180 Personen in der Serviceoffensive gefördert beschäftigt. 33 Arbeitsverhältnisse mussten in der Probezeit verhaltensbedingt, insbesondere aufgrund von psychischen Erkrankungen, gekündigt werden. In diesen Fällen war das Arbeitsverhältnis noch zu früh und es müssen zunächst vor allem gesundheitliche Einschränkungen geklärt werden, bevor eine Beschäftigung zielführend ist. Ein Mitarbeiter ist im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie verstorben. Von den verbleibenden 38 bereits ausgeschiedenen Personen konnten 18 nachhaltig in ein Beschäftigungsverhältnis, insbesondere bei der Stadt Köln, erfolgreich vermittelt werden (47,4%). In 20 Fällen endete das Arbeitsverhältnis aufgrund der Befristung regulär ohne Vermittlungserfolg durch die KGAB.

Die KGAB hat als Sachstandsbericht einen aktuellen Film produziert, der über den Zwischenstand nach anderthalb Jahren informiert. Darin enthalten sind auch erste Rückmeldungen aus den Bezirksbürgerämtern als Auftraggeber und aus der Bürgerschaft.

Die ausführliche schriftliche Berichterstattung der KGAB über die Serviceoffensive Sauberkeit und Sicherheit in Köln ist dem Zwischenbericht (Anlage 2) zu entnehmen.